



Reinhold Gall Für Sie im Landtag

Nr. 7 - März 2018



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte,

eine schöne Nachricht für Bad Wimpfen erreichte mich diese Woche: im Rahmen des Förderprogramms Tourismusinfrastruktur 2018 erhält die Kurstadt die insgesamt vierte Fördertranche zur Sanierung des Solebads. Dieses Mal ist es ein Zuschuss von 490.000 Euro, den man für die Sanierung der Becken und des Dachs verwenden wird. Wenn dieser Bauabschnitt abgeschlossen ist, erstrahlt das Solebad in neuem Glanz und ist von seiner baulichen Substanz für die nächsten Jahrzehnte gut aufgestellt.



Ich setze mich seit einigen Jahren für die Sanierung des Solebads ein und habe gerne die Stadt Bad Wimpfen in ihren Bemühungen um Förderzusagen unterstützt. Das Solebad ist für Bad Wimpfen nicht nur unter touristischen Aspekten von hoher Bedeutung. Gerade in einem anerkannten Kurort muss die medizinische und therapeutische Infrastruktur auf dem neuesten Stand sein.

Davon profitiert übrigens nicht nur Bad Wimpfen. Wer im Heilbronner Land Urlaub macht, schätzt die Vielfalt der Angebote und den Mix aus Erholung, Sport, Gesundheitsangeboten, Kultur und Freizeitmöglichkeiten. Ein modernisiertes Solebad in Bad Wimpfen stärkt das touristische Potential der Raumschaft genauso wie attraktive Angebote in den anderen Kommunen.

Weniger schön sind die Nachrichten beim Thema Mobilität. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Diesel-Fahrverboten ist eine Riesenklatsche für die Landesregierung. Verklagt wurden nämlich die Bundesländer Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, was immer ein bisschen untergeht, weil die besonders betroffenen Kommunen im Fokus der Berichterstattung stehen. Jedenfalls kann die Landesregierung nun nicht mehr darauf hoffen, dass der Bund es für das Land richten muss. Sie ist selbst gefragt, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die die Kommunen in die Lage versetzen, die Schadstoffbelastung zu senken.

Wenn der grüne Verkehrsminister keine eigenen Ideen zur Vermeidung von Fahrverboten hat, habe ich hier ein paar Anregungen: Wo sind die Maßnahmen, damit mehr Menschen im Land auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen? Wann gibt es in Baden-Württemberg endlich nicht nur die Förderung der Ersatzbeschaffung von Stadt- und Straßenbahnen, sondern auch Geld für Neufahrzeuge, damit das ÖPNV-Angebot ausgeweitet werden kann?

Ausgewählte Termine im März

9.3.2018

Landtagsbesuch der Klassenstufe 11 des JKG Weinsberg

Wo?: Landtag Stuttgart

17.3.2018

Jahreshauptversammlung Kreisfeuerwehrverband Heilbronn

Wo?: Wüstenrot

20.3.2018

Mitgliederversammlung SPD Obersulm

Wo?: Obersulm

21.3.2018

Mitgliederversammlung Freundeskreis ETL

Wo?: Ev. Tagungsstätte Löwenstein

Impressum

Wahlkreisbüro Reinhold Gall

Wilhelmstr. 3 74072 Heilbronn

Tel: 07131/5943071

Mail: info@reinhold-gall.de

Unsere anderen Newsletter und weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.reinhold-gall.de>

Wo bleibt die verbindliche Fortführung des Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetzes damit der konsequente Ausbau von ÖPNV-Strecken im Land weitergehen kann? Was passiert, damit die andauernden Verspätungen und Zugausfälle im Schienenpersonennahverkehr des Landes endlich Geschichte sind und Pendler gern auf Busse und Bahnen umsteigen?

Fragen über Fragen und bisher keine Antworten, jedenfalls keine von der grün-schwarzen Landesregierung. Das ist ärgerlich, ganz abgesehen davon, dass es auf Bundesebene nach wie vor keine ernsthaften Bestrebungen gibt, die Autoindustrie zur Nachrüstung der manipulierten Dieselfahrzeuge zu verpflichten. Hier erwarte ich von der Bundes-SPD, dass sie in der neuen Bundesregierung Druck macht. Wäre meiner Meinung nach auch ein guter Anfang, um innerhalb der Koalition auf die Unterschiede zwischen den Regierungspartnern aufmerksam zu machen.

Nun wünsche ich einen schönen Start in den Frühling!

Herzliche Grüße, Ihr

Reinhold Gall

Aktuelles

Reinhold Gall bei der AG 60+. Reinhold Gall war in diesem Monat beim Treffen der SPD-Senioren im Alten



Rathaus in Böckingen zu Gast und sprach mit den Vertretern der AG60+ über aktuelle Themen der Landes- und Kommunalpolitik. Besonders betonte er die Bedeutung der Kommunalpolitik auch für die SPD im Land. Keine andere Partei konzentrierte sich auch in der Landespolitik so intensiv und nachhaltig auf die Belange der Kommunen. Besonders die Versorgung im ländlichen Raum ist Reinhold Gall dabei ein wichtiges Anliegen. Es sei wichtig, dass auch außerhalb der Metropolregionen und Städte eine vernünftige Infrastruktur gewährleistet ist, damit das „flache Land nicht ausblutet“. Besonderes Augenmerk legte Reinhold Gall auch auf die Wohnungspolitik des Landes. Es fehlten in Baden-Württemberg etwa 50.000 neue

Wohnungen im Jahr und die Landesregierung tut nichts um diesen Mangel ernsthaft zu beheben. Abschließend konstatierte Gall: „Opposition ist schlecht“. Die Landtags-SPD müsse frustriert feststellen, dass sie Probleme habe, ihre Ideen in der Öffentlichkeit zu vermarkten. Nichtsdestoweniger bleibe sie bei ihrer Devise, Realpolitik ganzheitlich zu betrachten. ++++ **SPD fordert zusätzliche Veterinärstellen, damit Aufdeckung von Tierquälerei nicht dem Zufall überlassen bleibt.** Wegen verheerender Zustände im tierschutzwidrigen Umgang wurde die Schließung des Schlachthofes in Tauberbischofsheim angeordnet. Reinhold Gall, agrarpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, ist schockiert: „Nicht etwa eine Kontrolle durch das zuständige Veterinäramt, sondern die Nachforschungen von Stern TV und einer Tierschutzorganisation haben die Missstände auf dem Schlachthof aufgedeckt.“ Erst durch die entsprechende Berichterstattung sei das Veterinäramt aktiv geworden. „Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass die staatliche Kontrolle beim Tierschutz auf Schlachthöfen nicht funktioniert, da es schichtweg zu wenig Personal für diese wichtige Aufgabe gibt“, so Gall weiter. Aus seiner Sicht seien Missstände und Fehlverhalten wie in Tauberbischofsheim keine kurzzeitigen Ausrutscher, sondern sie könnten dann entstehen, wenn es quasi keine Kontrollen gibt. Der Fall auf dem Schlachthof in Tauberbischofsheim zeige, dass dringend zusätzliche Veterinärstellen geschaffen werden müssten. Nur mit mehr Stellen könne man wirksamer kontrollieren.